

**Antrag 3/II/2022****Abt. 8 - Friedenau****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen bei Inklusion und frühkindlicher Betreuung**

1 Die SPD kritisiert den geplanten Wegfall des  
2 Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache  
3 der Schlüssel zur Welt ist“ und fordert  
4 die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich gegen  
5 die Kürzung einzusetzen. Damit bringen wir  
6 zum Ausdruck, dass wir die Qualitätsstandards  
7 im Bereich der Inklusion, der sprachlichen  
8 Bildung, der Zusammenarbeit mit den  
9 Eltern und der Digitalisierung aufrechterhalten  
10 wollen. Wir wollen damit auch die durch  
11 die Pandemie bedingten Bildungsbenachteiligungen  
12 ausgleichen und mehr Bildungsgerechtigkeit  
13 erreichen.

14

**15 Begründung**

16 Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil  
17 Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und dessen  
18 Vorgängerprogramm unterstützen seit  
19 2011 die Integration, Inklusion und Sprachbildung  
20 von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Das  
21 Programm sichert zusätzliche, gut ausgebildete  
22 Fachkräfte für die jeweiligen Sprach-Kitas und  
23 ermöglicht Beratungen und Weiterqualifizierungen  
24 für Erzieherinnen und Erzieher. Damit erfolgt eine  
25 Aufwertung des Berufsfeldes Kindertagesstätte. Der  
26 Bund hat 11 Jahre eine wichtige und dringend  
27 benötigte Stärkung der Kitas abgesichert,  
28 rund 7.500 Fachkräfte für die frühkindliche  
29 Bildung bereitgestellt. Von dem Programm  
30 haben zuletzt rund 600.000 Kinder in ganz  
31 Deutschland profitiert. Oftmals sind Sprach-  
32 Kitas in Gegenden gefördert, in denen es Familien  
33 und Kinder aufgrund eines geringeren finanziellen  
34 Einkommens deutlich schwerer haben. Kinder mit  
35 Migrationsgeschichte profitieren insbesondere vom  
36 Programm. Nach 11 Jahren hat die Bundesregierung  
37 einen Haushaltsentwurf für 2023 vorgelegt,  
38 der einen ersatzlosen Wegfall des Bundesprogramms  
39 vorsieht, entgegen der Vereinba-

42 rung der Ampel-Koalition im Koalitionsver-  
43 trag: „Die Kindertagespflege wollen wir als  
44 Angebot der Kindertagesbetreuung weiter-  
45 entwickeln und fördern und das Programm  
46 „Sprach-Kitas“ weiterentwickeln und vereste-  
47 tigen (Ziffer 3163-3165)“. Der ersatzlose Weg-  
48 fall des Programms würde zu einem massi-  
49 ven Verlust von gut qualifizierten Fachkräf-  
50 ten in der Sprachbildung führen. Über Jahre  
51 gewachsene Strukturen in den Einrichtungen  
52 würden wegfallen. Leidtragende sind Kinder  
53 und Beschäftigte in den Kitas, die qualifizier-  
54 te Kolleginnen und Kollegen für die Inklusi-  
55 onsarbeit und Spracherziehung verlieren.  
56 Das im Bundestag beschlossene Sonderver-  
57 mögen für die Bundeswehr darf nicht dazu  
58 führen, dass etablierte und wichtige sozial-  
59 politischen Projekte für nicht finanzierbar er-  
60 klärt werden.  
61 Statt die Mittel zu Integration, Inklusion und  
62 Sprachbildung von Kindern zu kürzen und  
63 Programme ersatzlos einzustellen, wäre auch  
64 hier eine ernsthafte Debatte über die erneute  
65 Aussetzung der Schuldenbremse notwendig.  
66 Die SPD ist die einzige Partei in der Bundesre-  
67 gierung, die den Anspruch nach mehr Quali-  
68 tät in der frühkindlichen Bildung mit dem Ziel  
69 von besseren Arbeitsbedingungen und keiner  
70 zusätzlichen Belastung für Familien verbind-  
71 det. Auch deshalb sehen viele Menschen in  
72 Deutschland die SPD als die Kita-Partei an.  
73 Wenn nun entgegen der Vereinbarungen im  
74 Koalitionsvertrag der Wegfall des Programms  
75 Realität wird, führt dies zu einem gravieren-  
76 den Vertrauensverlust nicht nur bei den Fa-  
77 milien und Erzieherinnen und Erziehern. Der  
78 Verweis auf eine angespannte Haushaltsla-  
79 ge, ein liberal geführtes Finanzministerium  
80 und ein grüngeführtes Familienministerium  
81 wird in dieser Konstellation nicht weiterhel-  
82 fen.  
83 Es muss deshalb alles versucht werden, damit  
84 die SPD im parlamentarischen Verfahren im  
85 Bundestag sich dafür einsetzt, dass das Pro-  
86 gramm perspektivisch als dauerhaftes Bun-  
87 desprogramm fortgeführt wird. Unterstützt  
88 wird diese Forderung auch durch eine ge-  
89 meinsame Erklärung der Jugend- und Famili-  
90 enminister\*innen mit der Forderung, die Ent-

91 scheidung insbesondere auch vor den wäh-  
92 rend der Corona-Pandemie verstärkten Bil-  
93 dungsungleichheiten und der vielen Geflüch-  
94 teten aus der Ukraine zu revidieren.